

*Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Gemeinde Polling für die  
Wahlperiode 2020-2026  
in der Fassung vom 12.05.2020*

Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Gemeinde Polling

.....  
Der Gemeinderat gibt sich auf Grund des Art. 45 Abs. 1 der  
Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern folgende Geschäftsordnung:

A.

Die Gemeindeorgane und ihre Aufgaben

I.

Der Gemeinderat

**§ 1    Zuständigkeit im Allgemeinen**

Der Gemeinderat beschließt über alle Angelegenheiten des eigenen und des übertragenen Wirkungskreises, soweit sie nicht in die Zuständigkeit des 1. Bürgermeisters fallen.

**§ 2    Ausschließlicher Aufgabenbereich**

Der Gemeinderat ist insbesondere für folgende Angelegenheiten zuständig.

1. Die Beschlussfassung zu Bestands- oder Gebietsänderungen der Gemeinde und zu Änderungen des Namens der Gemeinde oder eines Gemeindeteils (Art. 2 und 11 GO),
2. Die Verleihung und die Aberkennung des Ehrenbürgerrechts (Art. 16 GO),
3. die Bildung und die Zusammensetzung der Ausschüsse sowie die Zuteilung der Aufgaben an diese (Art. 32, 33 GO),
4. die Aufstellung von Richtlinien für laufende Angelegenheiten nach Art. 37 Abs. 1 Satz GO,
5. die Verteilung der Geschäfte unter die Gemeinderatsmitglieder (Art. 46 Abs. 1 Satz 2 GO),
6. die Wahlen (Art. 51 Abs. 3 und 4 GO),
7. die Beschlussfassung über Angelegenheiten, zu deren Erledigung die Gemeinde der Genehmigung bedarf,
8. den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Satzungen und Verordnungen,
9. die Beschlussfassung über die allgemeine Regelung der Bezüge der Gemeinde-Bediensteten im Rahmen des Art. 43 GO und über beamten-, besoldungs-, versorgungs- und disziplinarrechtliche Angelegenheiten der Bürgermeister soweit nicht das Gesetz über kommunale Wahlbeamte oder die Bayerische Disziplinarordnung etwas anderes bestimmen,
10. die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und über die Nachtragshaushaltssatzungen (Art. 65 und 68 GO),
11. die Beschlussfassung über den Finanzplan (Art. 70 GO),
12. die Feststellung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe mit kaufmännischem Rechnungswesen sowie die Beschlussfassung über die Entlastung (Art. 102 GO),

13. die Entscheidung über die Errichtung, Erweiterung oder Aufhebung wirtschaftlicher Unternehmen der Gemeinde und über die Beteiligung an Unternehmen des privaten Rechts (Art. 89 und 91 GO),
14. die hinsichtlich der Eigenbetriebe dem Gemeinderat im Übrigen vorbehaltenen Angelegenheiten (Art. 95 GO),

### **§ 3 Sonstige dem Gemeinderat vorbehaltene Angelegenheiten**

Der Gemeinderat behält sich weiter die Beschlussfassung über folgende Angelegenheiten vor:

1. Entscheidung über Ernennung, Beförderung, Abordnung, Versetzung, Ruhestandsversetzung und Entlassung der Beamten, ferner die Entscheidung über Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung der Beschäftigten, soweit diese Befugnisse nicht dem ersten Bürgermeister kraft Gesetzes obliegen,
2. Entscheidung über die allgemeine Regelung der Arbeitsbedingungen der Gemeindebediensteten im Rahmen der Gesetzes und Tarifverträge,
3. Entscheidung über Erwerb, Veräußerung und Verpfändung von Vermögensgegenständen (insbesondere von Grundstücken), soweit sie nicht für den laufenden Geschäftsbetrieb bestimmt sind und nicht unter § 13 Abs. 2 fallen,
4. Beschlussfassung über die Beteiligung an Zweckverbänden, über den Abschluss von Zweckvereinbarungen und über die Mitgliedschaft in sonstigen juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts,
5. allgemeine Regelung der Benutzung öffentlicher Einrichtungen nach bürgerlichem Recht.

## **II.**

### **Die Gemeinderatsmitglieder**

#### **§ 4 Rechtsstellung der ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder, Befugnisse**

1. Gemeinderatsmitglieder üben ihre Tätigkeit nach ihrer freien, nur durch die Rücksicht auf das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung aus und sind an Aufträge nicht gebunden.
2. Für die allgemeine Rechtsstellung der Gemeinderatsmitglieder (Teilnahmepflicht, Sorgfalts- und Verschwiegenheitspflicht, Geheimhaltungspflicht, Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Geltendmachung von Ansprüchen Dritter, Ablehnung, Niederlegung und Verlust des Amtes) gelten die Art. 48 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1 mit 3, Art. 56a, Art. 49, 50, 19, 48 Abs. 3 GO sowie Art. 35 Abs. 5 und Art. 35a des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes.
3. Der Gemeinderat kann zur Vorbereitung seiner Entscheidungen durch besonderen Beschluss einzelnen seiner Mitglieder bestimmte Aufgabengebiete (Referate) zur Bearbeitung zuteilen und sie insoweit mit der Überwachung der gemeindlichen Verwaltungstätigkeit betrauen (Art. 46 Abs. 1 Satz 2, Art. 30 Abs. 3 GO).
4. Zur Ausübung von Verwaltungsbefugnissen sind Gemeinderatsmitglieder nur berechtigt, soweit ihnen der erste Bürgermeister im Rahmen der Geschäftsverteilung nach Anhörung der weiteren Bürgermeister einzelne seiner Befugnisse (§§ 11 - 16) überträgt (Art. 39 Abs. 2 GO).
5. Gemeinderatsmitglieder haben, soweit sie eine Tätigkeit nach Absatz 3 oder 4 ausüben, ein Recht auf Akteneinsicht, sonst nur, wenn sie vom Gemeinderat mit der Einsichtnahme beauftragt werden. Das Verlangen zur Akteneinsicht ist gegenüber dem ersten Bürgermeister geltend zu machen.

## **§ 5 Fraktionen, Ausschussgemeinschaften**

1. Gemeinderatsmitglieder können sich zur Erreichung gemeinsamer Ziele zu Fraktionen zusammenschließen. Eine Fraktion muss mindestens zwei Mitglieder haben. Die Bildung und Bezeichnung der Fraktionen sowie deren Vorsitzende und ihre Stellvertreter sind dem ersten Bürgermeister mitzuteilen; dieser unterrichtet den Gemeinderat.
2. Einzelne Gemeinderatsmitglieder und kleine Gruppen, die aufgrund ihrer eigenen Stärke keine Vertretung in den Ausschüssen erreichen würden, können sich zur Entsendung gemeinsamer Vertreter in die Ausschüsse zusammenschließen (Ausschussgemeinschaften; Art. 33 Abs. 1 Satz 5 GO).

### **III.**

#### **Die Ausschüsse**

##### **1. Allgemeines**

## **§ 6 Bildung, Auflösung**

Die Ausschüsse wurden in der konstituierenden Sitzung mehrheitlich bestimmt.

## **§ 7 Vorberatende Ausschüsse**

Vorberatende Ausschüsse haben die Aufgabe, die ihnen übertragenen Gegenstände für die Beratung in der Vollversammlung des Gemeinderats vorzubereiten und einen Beschlussvorschlag zu unterbreiten. Berührt eine Angelegenheit das Arbeitsgebiet mehrerer vorberatender Ausschüsse, so können diese zu gemeinsamen Sitzungen zusammentreten. Sie tagen grundsätzlich nichtöffentlich.

##### **2. Aufgaben der Ausschüsse**

## **§ 8 Ständige Ausschüsse**

(1) Die ständigen Ausschüsse haben im Einzelnen folgende Aufgabenbereiche:

1. **Wirtschafts- und Finanzausschuss:**  
Zuständig für Angelegenheiten des Finanz- und Steuerwesens, langfristige Finanzplanungen, Gewerbeentwicklung, die Zusammenarbeit mit den örtlichen Wirtschaftsverbänden sowie für die Standortförderung. Des Weiteren zuständig für die Entwicklung und Vermarktung von Gewerbegebieten.

2. **Bau- und Planungsausschuss**  
Zuständig für Grundstücksangelegenheiten der Gemeinde sowie Bauplanungs- und Bauordnungsrecht, ferner für Straßen- und Brückenbau, der Beschaffung von Bauland und für alle Fragen des fließenden und ruhenden Verkehrs (Bauleitplanung, Bebauungspläne, Flächennutzungsplan\*\*, Bauanträge, Straßen- und Verkehrsplanung)  
(\* \*\* Flächennutzungsplanneuaufstellung ist durch den Gemeinderat zu beraten)
3. **Werkausschuss**  
Alle Angelegenheiten der gemeindlichen Eigenbetriebe, soweit sich nicht der Gemeinderat die Entscheidung allgemein vorbehält oder im Einzelfall an sich zieht oder es sich um Angelegenheiten der laufenden Geschäftsführung des Eigenbetriebs handelt (Art. 95 Abs. 1 GO.) Der Ausschuss ist für die gemeindliche Wasser- und Abwasserversorgung zuständig.  
Weiterhin fallen in seinen Aufgabenbereich der gemeindliche Bauhof, Feuerwehren; Pflege von Liegenschaften, Grünanlagen, Straßen- und Wegebau, Infrastruktur incl. Breitband
4. **Kultur- und Traditionsausschuss**  
Dieser Ausschuss ist für folgende Bereiche zuständig:
  - Das gemeindliche Kulturangebot
  - Koordination der Zusammenarbeit der Gemeinde mit anderen Kulturträgern
  - Förderung des Tourismus und Traditionspflege
  - Dorfpflege
5. **Land-, Forst- und Umweltausschuss**  
Dieser Ausschuss ist für alle Themen aus den Bereichen Land- und Forstwirtschaft sowie Umweltschutzfragen zuständig, weiterhin für den Kontakt zu den Bauernverbänden, dem Wasser- und Bodenverband, den Jagdgenossenschaften der Ortsteile und den Wald- und Wegereferenten. Weiterhin befasst sich der Ausschuss mit der Hochwasserschutzplanung\*\*\* und der Konzepterstellung des Ökokontos.  
(\* \*\* \* Hochwasserschutz ist durch den Gemeinderat zu beraten)
6. **Personalausschuss**  
Personalangelegenheiten der gemeindlichen Beamten und Beschäftigten gem. Art 43 Abs.1 GO mit Ausnahme der Bürgermeister.
7. **Familienausschuss**  
In die Zuständigkeit dieses Ausschusses fallen folgende Bereiche: Familien, Kinder, Jugend, Senioren, Integration, Inklusion und Soziales, ÖPNV, altersgerechtes Wohnen und Jugendleiter.
8. **Ehrenamtsausschuss**  
In die Zuständigkeit dieses Ausschusses fallen folgende Bereiche: Ehrenamt, Vereine, Sport, Freizeit und Arbeitskreise
9. **Energieausschuss**  
Dieser Ausschuss befasst sich mit folgenden Themen: Nahwärmeversorgung, erneuerbare Energie, Straßenbeleuchtung, Energieversorgung, Klimaschutz

(2) Ausschüsse können zu festgelegten Themen bzgl. ihrer ständigen Mitglieder durch Beschluss des Gemeinderates aus dem Kreis seiner Mitglieder bei Bedarf erweitert werden.

## **§ 9 Rechnungsprüfungsausschuss**

Der Rechnungsprüfungsausschuss prüft die Jahresrechnung und die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe mit kaufmännischem Rechnungswesen (örtliche Rechnungsprüfung, Art. 103 Abs. 1 GO). Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses wird aus dessen Mitte berufen.

## **§ 10 Referenten und Beauftragte**

In der Gemeinde Polling gibt es folgende Referenten:

1. Referentin für Familien und Jugend (Jugendreferentin)  
Aufgabenbereich: Vorsitz des entsprechenden Ausschusses, Ansprechpartnerin für die örtlichen Institutionen, die in dieses Sachgebiet fallen, Zusammenarbeit mit dem ersten Bürgermeister und der Verwaltung bei der Organisation und Durchführung gemeindlicher Veranstaltungen.
2. Referentin für Land-, Forstwirtschaft und Umwelt  
Aufgabenbereich: Vorsitz des entsprechenden Ausschusses, Zusammenarbeit mit dem ersten Bürgermeister und der Verwaltung im Themengebiet des Ausschusses.
3. Referent für das Ehrenamt  
Aufgabenbereich: Vorsitz des entsprechenden Ausschusses, Zusammenarbeit mit dem ersten Bürgermeister und der Verwaltung im Themengebiet des Ausschusses
4. Referent für den Energieausschuss  
Aufgabenbereich: Vorsitz des entsprechenden Ausschusses, Zusammenarbeit mit dem ersten Bürgermeister und der Verwaltung im Themengebiet des Ausschusses
5. Beauftragte für Wald- und Wege  
Aufgabenbereich: Betreuung der gemeindlichen Waldgrundstücke sowie des Straßen- und Wegenetzes im jeweiligen Ortsteil
6. Kulturbeauftragter  
Aufgabenbereich: Zusammenarbeit in Kulturfragen mit dem ersten Bürgermeister und der Verwaltung für die gesamte Gemeinde sowie dem Kulturausschuss

## IV. Der erste Bürgermeister

### 1. Aufgaben

#### **§11 Vorsitz im Gemeinderat**

1. Der erste Bürgermeister führt den Vorsitz im Gemeinderat (Art. 36 GO). Er bereitet die Beratungsgegenstände vor und beruft die Sitzungen ein (Art. 46 Abs. 2 GO). In den Sitzungen leitet er die Beratung und die Abstimmung, handhabt die Ordnung und übt das Hausrecht aus (Art. 53 Abs. 1 GO).
2. Hält der erste Bürgermeister Entscheidungen des Gemeinderats für rechtswidrig, so weist er den Gemeinderat auf seine Bedenken hin und setzt den Vollzug vorläufig aus. Wird die Entscheidung aufrechterhalten, so führt er die Entscheidung der Rechtsaufsichtsbehörde herbei (Art. 59 Abs. 2 GO).

#### **§ 12 Leitung der Gemeindeverwaltung, Allgemeines**

1. Der erste Bürgermeister leitet und verteilt im Rahmen der Geschäftsordnung die Geschäfte (Art. 46 Abs. 1 GO). Er kann dabei einzelne seiner Befugnisse den weiteren Bürgermeistern, nach deren Anhörung auch einem Gemeinderatsmitglied und in den Angelegenheiten der laufenden Verwaltung Bediensteten der Gemeinde übertragen (Art. 39 Abs. 2 GO). Geschäftsverteilung und Befugnisregelung sollen übereinstimmen.
2. Der erste Bürgermeister vollzieht die Beschlüsse des Gemeinderats (Art. 36 GO). Über Hinderungsgründe unterrichtet er den Gemeinderat unverzüglich.
3. Der erste Bürgermeister führt die Dienstaufsicht über die Beamten und die Beschäftigten der Gemeinde und übt die Befugnisse des Dienstvorgesetzten gegenüber den Gemeindebeamten aus (Art. 37 Abs. 4, Art. 43 Abs. 3 GO).
4. Der erste Bürgermeister verpflichtet die weiteren Bürgermeister schriftlich, alle Angelegenheiten geheimzuhalten, die im Interesse der Sicherheit oder anderer wichtiger Belange der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder Unbefugten nicht bekannt werden dürfen. In gleicher Weise verpflichtet er Gemeinderatsmitglieder und Gemeindebedienstete, bevor sie mit entsprechenden Angelegenheiten befasst werden (Art. 56a GO).

#### **§ 13 Einzelne Aufgaben**

- (1) Der erste Bürgermeister erledigt in eigener Zuständigkeit
1. die laufenden Angelegenheiten, die für die Gemeinde keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO),
  2. die den Gemeinden durch ein Bundesgesetz oder auf Grund eines Bundesgesetzes übertragenen hoheitlichen Aufgaben in Angelegenheiten der Verteidigung einschließlich des Wehrersatzwesens und des Schutzes der Zivilbevölkerung, soweit nicht für

haushalts- oder personalrechtliche Entscheidungen der Gemeinderat zuständig ist (Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO),

3. die Angelegenheiten, die im Interesse der Sicherheit der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder geheimzuhalten sind (Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 GO),
4. die ihm vom Gemeinderat nach Art. 37 Abs. 2 Satz 1 GO übertragenen Angelegenheiten,
5. die Entscheidungen über die Ernennung, Beförderung, Abordnung, Versetzung oder Ruhestandsversetzung von Beamten sowie die Entscheidung über die Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung von Beschäftigten, soweit sie vom Gemeinderat dem ersten Bürgermeister übertragen worden sind oder ihm kraft Gesetzes obliegen,
6. dringliche Anordnungen und unaufschiebbare Geschäfte (Art. 37 Abs. 3 GO).

(2) Zu den Aufgaben des ersten Bürgermeisters gehören insbesondere auch:

1. in Personalangelegenheiten:  
der Vollzug zwingender gesetzlicher oder tarifrechtlicher Vorschriften,
2. in Haushalts- und Finanzangelegenheiten:
  - a. die Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln im Vollzug zwingender Rechtsvorschriften und im Rahmen von Richtlinien des Gemeinderats, in denen die Leistungen nach Voraussetzung und Höhe festgelegt sind;
  - b. im Übrigen bis zu einem Betrag von 5.000,- EURO im Einzelfall,
  - c. der Erlass, die Niederschlagung und die Stundung von Abgaben, insbesondere von Steuern, Beiträgen und Gebühren sowie von sonstigen Forderungen bis zu folgenden Beträgen im Einzelfall:
    - d. Erlass 1.000,- EURO
    - Niederschlagung 1.000,- EURO
    - e. Stundung 1.000,- EURO
  - f. die Entscheidung über überplanmäßige Ausgaben bis zu einem Betrag von 5.000,- EURO und über außerplanmäßige Ausgaben bis zu einem Betrag von 5.000,- EURO im Einzelfall, soweit sie unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist (Art. 66 Abs. 1 Satz 1 GO),

3. der Abschluss von Verträgen, die Lieferungen und Leistungen an die Gemeinde zum Gegenstand haben, sowie die Wahrnehmung von Rechten und Pflichten der Gemeinde aus solchen Verträgen, bis zu einer Wertgrenze von 5.000,- EURO,
4. der Abschluss sonstiger Rechtsgeschäfte, die Verpflichtungen der Gemeinde beinhalten, bis zu einer Wertgrenze von 5.000,- EURO.
5. in allgemeinen Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten:
  - a) die Abgabe von Prozessurteilen einschließlich Klageerhebung, Einlegung von Rechtsmitteln und Abschluss von Vergleichen, wenn der Streitwert voraussichtlich 5.000,- EURO nicht übersteigt und die Angelegenheit keine grundsätzliche Bedeutung hat,
  - b) Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises, soweit sie nicht dem Gemeinderat vorbehalten sind (§§ 2, 3), insbesondere Staatsangehörigkeits- und Personenstandswesen, Meldewesen, Wahlrecht und Statistik, Gesundheits- und Veterinärwesen, öffentliches Versicherungswesen, Lastenausgleich.

(3) Bei wiederkehrenden Leistungen ist für die Bemessung von Wertgrenzen nach Abs. 2 der Zeitraum maßgeblich, für den die rechtliche Bindung bestehen soll; ist dieser Zeitraum nicht bestimmbar, so ist der zehnfache Jahresbetrag anzusetzen.

(4) Soweit die Aufgaben nach Abs. 2 nicht unter Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO fallen, werden sie hiermit dem ersten Bürgermeister gemäß Art. 37 Abs. 2 GO zur selbständigen Erledigung übertragen.

(5) Der Gemeinderat ist bei einer Auftragsvergabe ab 1.000,- Euro innerhalb der genannten Wertgrenzen entsprechend rechtzeitig per E-Mail zu informieren. Unter dieser Wertgrenze erfolgt die Information des Gemeinderates zeitnah in einer Gemeinderatssitzung.

#### **§ 14 Vertretung der Gemeinde nach außen**

1. Die Befugnis des ersten Bürgermeisters zur Vertretung der Gemeinde nach außen bei der Abgabe und Entgegennahme von rechtserheblichen Erklärungen (Art. 38 Abs. 1 GO) beschränkt sich auf den Vollzug der einschlägigen Beschlüsse des Gemeinderats, soweit der erste Bürgermeister nicht gemäß § 13 zum selbständigen Handeln befugt ist.
2. Der erste Bürgermeister kann im Rahmen seiner Vertretungsbefugnis unter Beachtung des Art. 39 Abs. 2 GO anderen Personen Vollmacht zur Vertretung der Gemeinde erteilen.

#### **§ 15 Abhalten von Bürgerversammlungen**

1. Der erste Bürgermeister beruft mindestens einmal jährlich in allen drei Ortsteilen, auf Verlangen des Gemeinderats auch öfter, Bürgerversammlungen ein (Art. 18 Abs. 1 GO). Den Vorsitz in der Versammlung führt der erste Bürgermeister oder ein von ihm bestellter Vertreter.
2. Auf Antrag von Gemeindebürgern nach Art. 18 Abs. 2 GO beruft der erste Bürgermeister darüber hinaus eine weitere Bürgerversammlung ein, die innerhalb von drei Monaten nach Eingang des Antrags bei der Gemeinde stattzufinden hat.

#### **§ 16 Sonstige Geschäfte**

Die Befugnisse des ersten Bürgermeisters, die außerhalb der Gemeindeordnung gesetzlich festgelegt sind (z. B. Wahrnehmung der standesamtlichen Geschäfte, Aufnahme von Nottestamenten usw.) bleiben unberührt.

#### **2. Stellvertretung**

#### **§ 17 Weitere Bürgermeister, weitere Stellvertreter, Aufgaben**

1. Der erste Bürgermeister wird im Fall seiner Verhinderung vom zweiten Bürgermeister und, wenn dieser ebenfalls verhindert ist, vom dritten Bürgermeister vertreten (Art. 39 Abs. 1 Satz 1 GO).
2. Der Stellvertreter übt im Verhinderungsfall die gesamten gesetzlichen und geschäftsordnungsmäßigen Befugnisse des ersten Bürgermeisters aus. Ein Fall der Verhinderung liegt vor, wenn die zu vertretende Person aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen, wegen Abwesenheit, insbesondere Urlaub, Krankheit, vorläufiger Dienstenthebung oder persönlicher Beteiligung nicht in der Lage ist, sein Amt auszuüben.



B.  
Der Geschäftsgang

I.  
Allgemeines

**§ 18 Verantwortung für den Geschäftsgang**

1. Gemeinderat und erster Bürgermeister sorgen für den ordnungsgemäßen Gang der Geschäfte, insbesondere für den Vollzug der gesetzlichen Vorschriften im eigenen und im übertragenen Wirkungskreis und für die Durchführung der gesetzmäßigen Anordnungen und Weisungen der Staatsbehörden. Sie schaffen die dazu erforderlichen Einrichtungen (Art. 56 Abs. 2, Art. 59 Abs. 1 GO).
2. Eingaben und Beschwerden der Gemeindeeinwohner an den Gemeinderat (Art. 56 Abs. 3 GO) werden durch die Verwaltung vorbehandelt und sodann dem Gemeinderat oder dem zuständigen beschließenden Ausschuss vorgelegt. Eingaben, die in den Zuständigkeitsbereich des ersten Bürgermeisters fallen, erledigt dieser in eigener Zuständigkeit; er unterrichtet den Gemeinderat, wenn und soweit das nach den Umständen der Eingabe nicht unterbleiben kann.

**§ 19 Sitzungen, Beschlussfähigkeit**

1. Der Gemeinderat beschließt in Sitzungen (Art. 47 Abs. 1 GO). Eine Beschlussfassung durch mündliche Befragung außerhalb der Sitzungen oder im Umlaufverfahren ist ausgeschlossen.
2. Der Gemeinderat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist (Art. 47 Abs. 2 GO).
3. Wird der Gemeinderat zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammengerufen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. Bei der zweiten Einladung muss auf diese Bestimmung eigens hingewiesen werden (Art. 47 Abs. 3 GO).

**§ 20 Öffentliche Sitzungen**

1. Die Sitzungen des Gemeinderats sind öffentlich, soweit nicht Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit oder auf berechtigte Ansprüche Einzelner entgegenstehen (Art. 52 Abs. 2 GO).
2. Die öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats sind allgemein zugänglich, soweit der für Zuhörer bestimmte Raum ausreicht. Soweit erforderlich, wird die Zulassung durch die Ausgabe von Platzkarten geregelt. Für die Medien ist stets eine angemessene Zahl von Plätzen freizuhalten. Rundfunk- und Fernsehaufnahmen sowie sonstige Bild- und Tonaufnahmen (Mitschnitte) bedürfen ausschließlich der Zustimmung des Vorsitzenden und des Gemeinderats.  
Dritten kann das Wort nur durch den Bürgermeister mit Zustimmung des Gremiums erteilt werden.

3. Zuhörer, welche die Ordnung der Sitzung stören, können durch den Vorsitzenden aus dem Sitzungssaal gewiesen werden (Art. 53 Abs. 1 GO).

## **§ 21 Nichtöffentliche Sitzungen**

- 1) In nichtöffentlicher Sitzung werden in der Regel behandelt:
  - a) Personalangelegenheiten,
  - b) Rechtsgeschäfte in Grundstücksangelegenheiten,
  - c) Angelegenheiten, die dem Sozial- oder Steuergeheimnis unterliegen,
  - d) Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises, deren nichtöffentliche Behandlung im Einzelfall von der Aufsichtsbehörde verfügt ist,
  - e) sonstige Angelegenheiten, deren Geheimhaltung durch Gesetz vorgeschrieben oder nach der Natur der Sache erforderlich ist.
- 2) Zu nichtöffentlichen Sitzungen können im Einzelfall durch Beschluss Personen, die dem Gemeinderat nicht angehören, hinzugezogen werden, wenn deren Anwesenheit für die Behandlung des jeweiligen Beratungsgegenstandes erforderlich ist.
- 3) Die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse gibt der erste Bürgermeister der Öffentlichkeit bekannt, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind (Art. 52 Abs. 3 GO).

## II.

### Vorbereitung der Sitzungen

## **§ 22 Einberufung**

1. Der erste Bürgermeister, bzw. in Fällen von Ausschusssitzungen bei denen der erste Bürgermeister nicht den Vorsitz führt, der/die jeweilige Ausschussvorsitzende, beruft die Gemeinderats - Ausschusssitzungen ein, wenn die Geschäftslage es erfordert oder wenn ein Viertel der Gemeinderatsmitglieder es schriftlich beantragt (Art. 46 Abs. 2 Sätze 2 und 3 GO). Im Fall des Art. 46 Abs. 2 Satz 3 GO beruft er die Gemeinderatssitzung innerhalb einer Woche ab Eingang des Antrags bei ihm zu einem möglichst naheliegenden Termin ein.
2. Die Sitzungen finden im Sitzungssaal im ersten Stock des Rathauses Polling statt. Sie beginnen regelmäßig um 19:30 Uhr. In der Einladung (§ 24) kann im Einzelfall etwas anderes bestimmt werden.

## **§ 23 Tagesordnung**

1. Der erste Bürgermeister bzw. der oder die Ausschussvorsitzende setzt die Tagesordnung fest. Rechtzeitig eingegangene Anträge von Gemeinderatsmitgliedern setzt der erste Bürgermeister möglichst auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. Eine materielle Vorprüfung findet nicht statt.
2. In der Tagesordnung sind die Beratungsgegenstände einzeln und inhaltlich konkretisiert zu benennen, wenn notwendig auch mit Stellungnahmen der Verwaltung und Beilagen, damit es den Gemeinderatsmitgliedern ermöglicht wird, sich auf die Behandlung der jeweiligen Gegenstände vorzubereiten.  
Die Tagesordnung für öffentliche Sitzungen ist jeweils unter Angabe von Ort und

Zeit der Sitzung spätestens am 3. Tag vor der Sitzung der Öffentlichkeit durch Anschlag an den gemeindlichen Aushangkästen bekanntzugeben (Art. 52 Abs. 1 GO). Die Tagesordnung nichtöffentlicher Sitzungen wird nicht bekanntgegeben. Den örtlichen Medien soll die Tagesordnung jeder öffentlichen Sitzung rechtzeitig mitgeteilt werden.

## **§ 24 Form und Frist für die Einladung**

1. Die Gemeinderatsmitglieder werden schriftlich unter Beifügung der Tagesordnung oder mit ihrem Einverständnis elektronisch zu den Sitzungen eingeladen.
2. Im Falle einer elektronischen Einladung werden der Sitzungstermin und der Sitzungsort durch eine sichere E-Mail und die Tagesordnung durch einen mit dieser E-Mail versandten Hinweis auf ein in einem technisch individuell gegen Zugriffe Dritter geschützten Bereich (Ratsinformationssystem) eingestelltes und abrufbares Dokument mitgeteilt. Die Tagesordnung kann bis spätestens zum Ablauf des 3. Tages vor der Sitzung ergänzt werden.
3. Im Falle der elektronischen Ladung geht die Tagesordnung zu, wenn die E-Mail nach Absatz 1 Satz 2 im elektronischen Briefkasten des Empfängers abrufbar eingegangen und üblicherweise mit der Kenntnisnahme zu rechnen ist.
4. Der Tagesordnung sollen weitere Unterlagen, insbesondere Beschlussvorlagen, beigelegt werden, wenn und soweit das sachdienlich ist und Gesichtspunkte der Vertraulichkeit nicht entgegenstehen. Die weiteren Unterlagen können schriftlich oder elektronisch im Ratsinformationssystem im Sinne von Absatz 1 Satz 2 zur Verfügung gestellt werden. Hat das Gemeinderatsmitglied sein Einverständnis zur elektronischen Ladung erklärt, werden die weiteren Unterlagen grundsätzlich nur elektronisch bereitgestellt.
5. Die Ladungsfrist beträgt 6 Tage; sie kann in dringenden Fällen auf 3 Tage verkürzt werden. Der Sitzungstag und der Tag des Zugangs der Ladung werden bei der Berechnung der Frist nicht mitgerechnet.

## **§ 25 Anträge**

1. Anträge, die in einer Sitzung behandelt werden sollen, sind schriftlich zu stellen und ausreichend zu begründen. Sie sind spätestens bis zum 5. Tag vor der Sitzung bei dem ersten Bürgermeister einzureichen. Soweit ein Antrag mit Ausgaben verbunden ist, die im Haushaltsplan nicht vorgesehen sind, soll er einen Deckungsvorschlag enthalten.
2. Verspätet eingehende oder erst unmittelbar vor oder während der Sitzung gestellte Anträge können nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen werden, wenn
  - a) die Angelegenheit dringlich ist und der Gemeinderat der Behandlung mehrheitlich zustimmt oder
  - b) sämtliche Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind und kein Mitglied der Behandlung widerspricht. Ist noch eine Ermittlung und Prüfung des Sachverhalts oder die Beiziehung abwesender Personen oder von Akten erforderlich, wird die Behandlung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.
2. Anträge zur Geschäftsordnung oder einfache Sachanträge, z.B. Nichtbefassungsanträge, Zurückziehung eines Antrags, Änderungsanträge u.ä., können auch während der Sitzung und ohne Beachtung der Schriftform gestellt werden.

### III. Sitzungsverlauf

#### **§ 26 Eröffnung der Sitzung**

1. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung der Gemeinderatsmitglieder sowie der Beschlussfähigkeit des Gemeinderats fest.
2. Die Niederschrift der vorangegangenen Sitzung wird textlich im Ratsinformationssystem dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt sowie während der Sitzung auf Wunsch in Umlauf gesetzt. Wenn bis zum Schluss der Sitzung keine Einwendungen erhoben werden, so gilt die Niederschrift als vom Gemeinderat gemäß Art. 54 Abs. 3 GO insgesamt genehmigt.

#### **§ 27 Eintritt in die Tagesordnung**

1. Die einzelnen Tagesordnungspunkte werden in der in der Tagesordnung festgelegten Reihenfolge behandelt. Die Reihenfolge kann durch Beschluss geändert werden.
2. Soll ein Tagesordnungspunkt in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden (§ 21), so wird darüber vorweg unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten und entschieden (Art. 52 Abs. 2 Satz 2 GO). Wird von vornherein zu einer nichtöffentlichen Sitzung eingeladen, gilt die Behandlung in nicht öffentlicher Sitzung als gebilligt, wenn und soweit nicht der Gemeinderat anders entscheidet.
3. Der Vorsitzende oder eine von ihm mit der Berichterstattung beauftragten Person trägt den Sachverhalt der einzelnen Tagesordnungspunkte vor und erläutert ihn. Anstelle des mündlichen Vortrags kann auf schriftliche Vorlagen verwiesen werden.
4. Zu Tagesordnungspunkten, die in einem Ausschuss vorbehandelt worden sind, ist die Empfehlung des Ausschusses bekanntzugeben.
5. Soweit erforderlich, können auf Anordnung des Vorsitzenden oder auf Beschluss des Gemeinderats Sachverständige zugezogen und gutachtlich gehört werden. Entsprechendes gilt für sonstige sachkundige Personen.

#### **§ 28 Beratung der Sitzungsgegenstände**

1. Nach der Berichterstattung, gegebenenfalls nach dem Vortrag der Sachverständigen, eröffnet der Vorsitzende die Beratung.
2. Mitglieder des Gemeinderats, die nach den Umständen annehmen müssen, von der Beratung und Abstimmung zu einem bestimmten Punkt der Tagesordnung wegen persönlicher Beteiligung (Art. 49 Abs. 1 GO) ausgeschlossen zu sein, haben dies vor Beginn der Beratung dem Vorsitzenden unaufgefordert mitzuteilen. Entsprechendes gilt, wenn Anhaltspunkte dieser Art während der Beratung erkennbar werden. Das wegen persönlicher Beteiligung ausgeschlossene Mitglied hat während der Beratung und Abstimmung seinen Platz am Beratungstisch zu verlassen; es kann bei öffentlicher Sitzung im Zuhörerraum Platz nehmen, bei nichtöffentlicher Sitzung verlässt es den Raum.
3. Sitzungsteilnehmer dürfen das Wort nur ergreifen, wenn es ihnen von dem Vorsitzenden erteilt wird. Der Vorsitzende erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen; er

kann es wiederholt erteilen. Bei gleichzeitiger Wortmeldung entscheidet der Vorsitzende über die Reihenfolge. Bei Wortmeldungen „zur Geschäftsordnung“ ist das Wort außer der Reihe sofort zu erteilen. Zuhörern kann das Wort nur nach Genehmigung durch den Gemeinderat erteilt werden.

4. Die Redner sprechen von ihrem Platz aus; sie richten ihre Rede an den Gemeinderat. Die Redebeiträge müssen sich auf den jeweiligen Tagesordnungspunkt beziehen; Abweichungen vom Thema sind zu vermeiden.
5. Während der Beratung über einen Antrag sind nur zulässig:
  - b. Anträge zur Geschäftsordnung,
  - c. Zusatz- oder Änderungsanträge oder Anträge auf Zurückziehung des zu beratenden Antrags.
6. Über Anträge zur Geschäftsordnung ist sofort abzustimmen; eine Beratung zur Sache selbst findet insoweit nicht statt. Über Änderungsanträge ist in der Regel sofort zu beraten und abzustimmen.
7. Wenn keine Wortmeldungen mehr vorliegen, können Antragsteller, Berichterstatter und sodann der Vorsitzende eine Schlussäußerung abgeben. Die Beratung wird von dem Vorsitzenden geschlossen.
8. Redner, die gegen die vorstehenden Regeln verstoßen, ruft der Vorsitzende zur Ordnung und macht sie auf den Verstoß aufmerksam. Bei weiteren Verstößen kann ihnen der Vorsitzende das Wort entziehen.
9. Mitglieder, welche die Ordnung fortgesetzt erheblich stören, kann der Vorsitzende mit Zustimmung des Gemeinderats von der Sitzung ausschließen. Über den Ausschluss von weiteren Sitzungen entscheidet der Gemeinderat (Art. 53 Abs. 2 GO).
10. Der Vorsitzende kann die Sitzung unterbrechen oder aufheben, falls Ruhe und Ordnung im Sitzungssaal auf andere Weise nicht wiederhergestellt werden können. Eine unterbrochene Sitzung ist spätestens am nächsten Tag fortzuführen; einer neuerlichen Einladung hierzu bedarf es nicht. Die Beratung ist an dem Punkt fortzusetzen, an dem die Sitzung unterbrochen wurde. Der Vorsitzende gibt Zeit und Ort der Fortsetzung bekannt.

## **§ 29 Abstimmung**

1. Nach Durchführung der Beratung oder nach Annahme eines Antrags auf „Schluss der Beratung“ schließt der Vorsitzende die Beratung und lässt über den Beratungsgegenstand abstimmen. Er vergewissert sich zuvor, ob die Beschlussfähigkeit (§ 19 Abs. 2 und 3) gegeben ist.
2. Stehen mehrere Anträge zur Abstimmung, so wird über sie in der nachstehenden Reihenfolge abgestimmt:
  - a. Anträge zur Geschäftsordnung,
  - b. Anträge, die mit dem Beschluss eines Ausschusses übereinstimmen; über sie ist vor allen anderen Anträgen zum gleichen Beratungsgegenstand abzustimmen,
  - c. weitergehende Anträge; das sind die Anträge, die voraussichtlich einen größeren Aufwand erfordern oder einschneidende Maßnahmen zum Gegenstand haben,
  - d. früher gestellte Anträge vor später gestellten, sofern der spätere Antrag nicht unter die Nrn. 1 bis 3 fällt.
3. Grundsätzlich wird über jeden Antrag insgesamt abgestimmt. Über einzelne Teile eines Antrags wird getrennt abgestimmt, wenn dies beschlossen wird oder der Vorsitzende eine Teilung vornimmt.

4. Vor der Abstimmung soll der Antrag verlesen werden. Der Vorsitzende formuliert die zur Abstimmung anstehende Frage so, dass sie mit „ja“ oder „nein“ beantwortet werden kann. Grundsätzlich wird in der Reihenfolge „ja“ – „nein“ abgestimmt.
5. Beschlüsse werden in offener Abstimmung durch Handaufheben oder auf Beschluss des Gemeinderats durch namentliche Abstimmung mit einfacher Mehrheit der Abstimmenden gefasst, soweit nicht im Gesetz eine besondere Mehrheit vorgeschrieben ist. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt (Art. 51 Abs. 1 GO). Kein Mitglied des Gemeinderats darf sich der Stimme enthalten (Art. 48 Abs. 1 Satz 2 GO).
6. Die Stimmen sind, soweit erforderlich, durch den Vorsitzenden zu zählen. Das Abstimmungsergebnis ist unmittelbar nach der Abstimmung bekanntzugeben; dabei ist festzustellen, ob der Antrag angenommen oder abgelehnt ist.
7. Über einen bereits zur Abstimmung gebrachten Antrag kann in derselben Sitzung die Beratung und Abstimmung nicht nochmals aufgenommen werden, wenn nicht deren sofortige Wiederholung durch alle Mitglieder verlangt wird, die an der Abstimmung teilgenommen haben. In einer späteren Sitzung kann, soweit gesetzlich nichts anderes hervorgeht, ein bereits zur Abstimmung gebrachter Beratungsgegenstand insbesondere dann erneut behandelt werden, wenn neue Tatsachen oder neue gewichtige Gesichtspunkte vorliegen und der Beratungsgegenstand ordnungsgemäß auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

### **§ 30 Wahlen**

1. Für Entscheidungen des Gemeinderats, die in der Gemeindeordnung oder in anderen Rechtsvorschriften als Wahlen bezeichnet werden, gilt Art. 51 Abs. 3 GO, soweit in anderen Rechtsvorschriften nicht Abweichendes bestimmt ist (Art. 51 Abs. 4 GO).
2. Wahlen werden in geheimer Abstimmung mit Stimmzetteln vorgenommen. Ungültig sind insbesondere leere Stimmzettel und solche Stimmzettel, die den Namen des Gewählten nicht eindeutig ersehen lassen.
3. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Wird diese Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht, so tritt Stichwahl unter den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmenzahlen ein. Haben im ersten Wahlgang von mehreren Bewerbern drei oder mehr die gleiche höchste Stimmenzahl erhalten oder stehen an zweiter Stelle zwei oder mehr Bewerber mit gleichen Stimmenzahlen, so entscheidet das Los darüber, wer von den Bewerbern mit gleicher Stimmenzahl in die Stichwahl zu bringen ist. Bei Stimmengleichheit in der Stichwahl entscheidet gleichfalls das Los.

### **§ 31 Anfragen**

Die Gemeinderatsmitglieder können in jeder Sitzung nach Erledigung der Tagesordnung an den Vorsitzenden Anfragen über solche Gegenstände richten, die nicht auf der Tagesordnung stehen. Nach Möglichkeit sollen solche Anfragen sofort durch den Vorsitzenden oder anwesende Gemeindebedienstete beantwortet werden. Ist das nicht möglich, so werden sie in der nächsten Sitzung oder schriftlich beantwortet.

### **§ 32 Beendigung der Sitzung**

Nach Behandlung der Tagesordnung und etwaiger Anfragen schließt der Vorsitzende die Sitzung. Die Behandlung von Tagesordnungspunkten nach 22:30 Uhr bzw. nach mehr als 3 Stunden Sitzungsdauer, bedarf der Zustimmung des Gremiums.

IV.  
Sitzungsniederschrift

**§ 33 Form und Inhalt**

1. Über die Sitzungen des Gemeinderats werden Niederschriften gefertigt, deren Inhalt sich nach Art. 54 Abs. 1 GO richtet. Die Niederschriften werden getrennt nach öffentlichen und nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten geführt. Für die Niederschrift findet ein Protokollbuch Verwendung/Niederschriften sind Jahrgangweise zu binden.
2. Als Hilfsmittel für das Anfertigen der Niederschrift sind Tonaufzeichnungen zulässig. Dies bedarf der Zustimmung des Gemeinderates. Die Wiedergabe einzelner Passagen während der Sitzung ist absolut nicht zulässig. Die Aufzeichnungen sind unverzüglich nach Genehmigung der Niederschrift zu löschen und dürfen Außenstehenden nicht zugänglich gemacht werden.
3. Ist ein Mitglied des Gemeinderats bei einer Beschlussfassung abwesend, so ist dies in der Niederschrift besonders zu vermerken. Haben Mitglieder einem Beschluss nicht zugestimmt, so können sie verlangen, dass dies vermerkt wird (Art. 54 Abs. 1 Satz 3 GO).
4. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen und vom Gemeinderat zu genehmigen (Art. 54 Abs. 2 GO).
5. Neben der Niederschrift werden Anwesenheitslisten geführt.

**§ 34 Einsichtnahme und Abschriftenerteilung**

1. In die Niederschriften über öffentliche Sitzungen können alle Gemeindebürger sowie außerhalb des Gemeindegebiets wohnende Personen mit einem berechtigten Interesse Einsicht nehmen (Art. 54 Abs. 3 Satz 2 GO).
2. Gemeinderatsmitglieder können jederzeit die Niederschriften über öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen einsehen und sich Abschriften der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse erteilen lassen (Art. 54 Abs. 3 Satz 1 GO). Abschriften von Beschlüssen, die in nichtöffentlicher Sitzung gefasst wurden, können sie verlangen, wenn die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind (Art. 52 Abs. 3 i.V.m. Art. 54 Abs. 3 Satz 1 GO).
3. Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Niederschriften früherer Wahlzeiten.
4. In Rechnungsprüfungsangelegenheiten können die Gemeinderatsmitglieder jederzeit die Berichte über die Prüfungen einsehen (Art. 102 Abs. 5 GO); Abschriften werden nicht erteilt.

V.  
Geschäftsgang der Ausschüsse

**§ 35 Anwendbare Bestimmungen**

1. Für den Geschäftsgang der Ausschüsse gelten die §§ 18 bis 34 sinngemäß. Sitzungen vorberatender Ausschüsse sind nicht öffentlich, Gemeinderatsmitglieder, die einem Ausschuss nicht angehören, erhalten die Ladungen zu den Sitzungen nebst Tagesordnung nachrichtlich.
2. Mitglieder des Gemeinderats können auch in der Sitzung eines Ausschusses, dem sie nicht angehören, als Zuhörer anwesend sein. Ein Mitspracherecht steht ihnen nicht zu. Berät ein Ausschuss über den Antrag eines Gemeinderatsmitglieds, das diesem Ausschuss nicht angehört, so gibt der Ausschuss dem Antragsteller Gelegenheit, seinen Antrag mündlich zu begründen.

## VI.

### Bekanntmachung von Satzungen und Verordnungen

#### **§ 36 Art der Bekanntmachung**

1. Satzungen und Verordnungen werden dadurch amtlich bekanntgemacht, dass sie in der Verwaltung der Gemeinde zur Einsichtnahme niedergelegt werden und die Niederlegung durch Anschlag an den Gemeindetafeln bekanntgemacht wird. Der Anschlag wird an den Gemeindetafeln erst angebracht, wenn die Satzung oder Verordnung in der Verwaltung niedergelegt ist. Er wird an allen Gemeindetafeln angebracht und frühestens nach 14 Tagen wieder abgenommen. Es wird schriftlich festgehalten, wann der Anschlag angebracht und wann er wieder abgenommen wurde; dieser Vermerk wird zu den Akten genommen.
2. Wird eine Satzung oder Verordnung ausnahmsweise aus wichtigem Grund auf eine andere in Art. 26 Abs. 2 GO bezeichnete Art amtlich bekanntgemacht, so wird hierauf durch Anschlag an allen Gemeindetafeln hingewiesen.
3. Die Gemeinde unterhält folgende Gemeindetafeln:
  - 1. Rathaus Polling
  - 2. Torbogen Polling
  - 3. Etting, Nähe Kirche
  - 4. Oderding, Maibaum
4. Darüber hinaus werden Satzungs- und Verordnungstexte auf der Homepage der Gemeinde Polling mit dem Hinweis veröffentlicht, dass die Originale in der Gemeindeverwaltung einzusehen sind.

## C.

### Schlussbestimmungen

#### **§ 37 Änderung der Geschäftsordnung**

Vorstehende Geschäftsordnung kann durch Beschluss des Gemeinderats geändert werden.

#### **§ 38 Verteilung der Geschäftsordnung**

Jedem Mitglied des Gemeinderats ist ein Exemplar der Geschäftsordnung auszuhändigen.



### § 39 Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft

(Siegel)

Polling, 14.05.2020




  
Martin Pape, 1. Bürgermeister

#### Bekanntmachungsvermerk

Die Geschäftsordnung wurde am 04.06.2020 in der Gemeindeverwaltung Polling zur Einsichtnahme niedergelegt.

Hierauf wurde durch Anschläge an allen Anschlagtafeln hingewiesen. Die Anschläge wurden am 04.06.2020 angeheftet und am 06.07.2020 wieder abgenommen.

**Polling 04.06.2020**

  
**Martin Pape**  
**1. Bürgermeister**